



## P R E S S E M I T T E I L U N G

03/2026

### **Versorgungsansprüche von Bürgermeistern gehören auf den Prüfstand!**

Wie das Beamtensystem wird auch die Besoldung und Versorgung von Politikerinnen und Politikern als hauptamtliche Wahlbeamte häufig diskutiert. Wir fordern, dass diese Versorgung gründlich überprüft und gegebenenfalls neu geregelt wird.

Warum das dringend nötig ist, zeigt der Fall Zehdenick: Nach seiner Wahl im März 2025 nahm Bürgermeister Alexander Kretzschmar sein Amt nur für elf Arbeitstage wahr. Anschließend war er krankgeschrieben – bis zu seiner von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Abwahl im Januar 2026, also nach über zehn Monaten. Unabhängig von den konkreten Gründen dieser Abwesenheit zeigt der Fall ein Grundproblem: Wird ein Bürgermeister abgewählt, ohne selbst zurückzutreten, erhält er bis zum Ende der eigentlichen Wahlperiode ein Ruhegehalt von 71,75 Prozent seiner letzten Besoldung.

Für den Zehdenicker Ex-Bürgermeister bedeutet dies: fünf Jahre lang ein monatliches Ruhegehalt von rund 6.216 Euro brutto (A16, Stufe 12 bei 71,75 %). Erst in den letzten beiden Jahren der ursprünglichen Wahlperiode passt sich die Höhe des Ruhegehalts an die tatsächliche Dienstzeit an.

Dass ein solch hoher Versorgungsanspruch bereits mit Amtsantritt entsteht, halten wir für nicht gerechtfertigt. Diese Regelung öffnet Missbrauch Tür und Tor – sie kann Menschen anziehen, die sich bewusst durch ein öffentliches Amt bereichern wollen, ohne ihre Verantwortung tatsächlich wahrzunehmen.

Um solche Fällen zu begegnen, hat der Landesparteitag der SPD im März 2026 beschlossen, die Landesregierung damit zu beauftragen, die derzeitige Rechtslage zu prüfen und konkrete Handlungs- und Änderungsoptionen zu erarbeiten, die dann mit dem Koalitionspartner beraten und mögliche Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht werden können.

Antragseinbringer und Vorsitzender der SPD Zehdenick, Eric Ruck, fasst es treffend zusammen: *“Die Aufgabe von Politik ist es, Probleme zu erkennen und sie zu lösen. Genau das machen wir jetzt. Wenn aktuelle gesetzliche Regelungen offensichtlich ungerecht sind, müssen wir handeln. Am Ende muss eine Lösung stehen, die fair, nachvollziehbar und rechtssicher ist!”*

**JUSOS im SPD-Unterbezirk Oberhavel**

**Daniel Mendel, Vorsitzender der JUSOS Oberhavel**

E-Mail: [jusos@spd-ohv.de](mailto:jusos@spd-ohv.de)